

# **DIE LINKE.**

## **Stadtverband Dorsten**

### **Kommunalpolitik in Dorsten**

#### **gemeinsam sozial gerecht**

#### **Bürgerhaushalt, Bürgerentscheid, Bürgerbegehren Bürgerwille soll den Haushalt bestimmen**

Was im Bundestag beschlossen wird, muss zu 80 Prozent in Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Kommunalpolitik ist wichtig, denn Beteiligung heißt Mitbestimmung

DIE LINKE. Dorsten tritt konsequent für mehr Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel ein.

„Wir rechnen mit“ – Dieser Slogan soll Bürgerinnen und Bürger motivieren, sich auch in Sachen Haushaltspolitik in alle Entscheidungen der Stadt Dorsten frühzeitig einzumischen.

Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sind gleichwertige Partner.

Über die Schwerpunkte der Haushaltspolitik sollen Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden. Deswegen soll Dorsten zu einer Bürgerkommune werden, um alle Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen zu können.

#### **Transparenz und Öffentlichkeit**

Entscheidungen des Stadtrates sollen, soweit nicht zwingend anders vorgeschrieben, im öffentlichen Teil der Sitzungen getroffen werden. Die Fraktionssitzungen der Partei DIE LINKE. Dorsten werden so weit wie möglich öffentlich stattfinden.

Alle mandatsbezogenen Nebeneinkünfte (u.a. der Aufsichtsgremien) der Kommunalpolitiker sollen offengelegt werden, ebenso fordern wir die Offenlegung der Managergehälter der städtischen Beteiligungsunternehmen und die Begrenzung dieser.

#### **Bürgerhaushalte**

Wir sehen es als äußerst wichtig, dass der Dorstener Bürgerhaushalt nach der Vorlage anderer Kommunen im Rahmen einer Bürgerkommune geführt wird. Diese Einführung ist ein längerer Prozess und muss jeweils vor Ort abgestimmt und entwickelt werden. Wichtig ist, dass über kurz oder lang der gesamte Haushalt in einem zyklischen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird, welches eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Prioritätensetzung ermöglicht. Beim Beteiligungsver-

fahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt werden und nicht außen vor gelassen werden. Ausschlaggebend für den Erfolg des Projektes Beteiligungshaushalt ist der klare Fokus auf die umfassende Mitbestimmung aller Interessierten. Bloße Information über die Finanzlage oder die pure Abschiebung von Verantwortung für die Dorstener Sparpolitik konterkariert den Ansatz des Bürger- und Beteiligungshaushaltes und mündet in desillusioniertem Demokratieverdruss.

### **Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**

Wir unterstützen Formen direkter Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheide. Sie sind eine wichtige Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Deshalb begrüßen wir auch die **Sperrwirkung zulässiger Bürgerbegehren**. Sie führt dazu, dass nicht noch vor der Durchführung eines Bürgerentscheides vollendete Tatsachen in einer Angelegenheit geschaffen werden, über die die Bürgerschaft entscheiden soll.

So konnte beispielsweise mit einem Bürgerbegehren unter Beteiligung der Partei DIE LINKE. Kreisverband Recklinghausen der nicht notwendige Neubau des Kreishauses gestoppt werden, wodurch präventiv mehrere Millionen Euro eingespart werden konnten.

### **Gemeineigentum geht vor Privatisierung**

CDU, FDP und andere treiben rege die Privatisierung von kommunalem Eigentum, von Krankenhäusern und vielen anderen Einrichtungen im Land NRW voran.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass das kommunale Bürgereigentum erhalten bleibt, da dieses für eine soziale und kulturelle Grundversorgung aller Bewohner absolut notwendig ist.

Privatisierungen führen in der Regel dazu, dass nur wenige große Unternehmen und Konzerne über die Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens – wie Trinkwasser, eine stabile Energieversorgung, Verkehr, bezahlbarer Wohnraum, sowie Kultur- und Bildungseinrichtungen bestimmen.

Jeglicher Grund und Boden auf dem Stadtgebiet soll in Gemeineigentum bestehen bleiben und nur in Erbpacht abgegeben werden, um zukünftige Spekulationen mit Grund und Boden zu verhindern.

### **Kommunalisierung statt Privatisierung**

Dort, wo privatisiert wurde und wird, standen seit jeher und werden auch immer die Gewinninteressen an erster Stelle stehen. Notwendige Investitionen unterbleiben oder werden hinausgezögert und in der Folge Arbeitnehmer entlassen.

Es wird daher immer deutlicher, dass private Unternehmer, denen kommunale Betriebe übergeben oder verkauft werden, weder leistungsfähiger noch kostengünstiger sind.

Im Gegenteil sind stets weniger Leistung, höhere Kosten, Ausbeutung und Entlassung von treuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fall.

„Privatisierungen aussetzen – Privatisierungserlöse seriös bilanzieren“. Mit dieser Forderung stützt sich DIE LINKE auf den Willen zahlreicher Bürger unserer Stadt.

## Energie und Wärme

Die Energieversorgung der Haushalte wird immer mehr zu einer Existenzfrage. Die Versorgung mit Wärme und Elektrizität muss durch öffentliche Kontrollen und die Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet und reguliert werden.

Bisher wurden öffentliche Unternehmen und Einrichtungen teils wahllos durch die Städte und Kreise verkauft, um Löcher in den jeweiligen Haushalten zu stopfen. Mit dem Ansatz „Privat vor Staat“ haben Rüttgers und Co. eine neue Dimension in die Landesentwicklung gebracht und wollen das gewachsene Gefüge öffentlicher Unternehmen auflösen.

Deshalb fordert DIE LINKE die Rekommunalisierung.

Was hätten Bürgerinnen und Bürger von einem starken Bereich öffentlicher Unternehmen? Ganz wesentlich stellen Stadtwerke usw. die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser sicher – unterbrechungsfrei im gesamten Gebiet und vergleichsweise preiswert. Da öffentliche Unternehmen nicht auf das Erzielen von einem möglichst hohen Profit ausgerichtet sind, können die wirtschaftlichen Aktivitäten auch demokratisch relevanten Zielen geöffnet werden:

Eine hohe Ausbildungsquote, herausfordernde Umweltziele beim städtischen Fuhrpark, Verringerung des CO<sub>2</sub>- und Feinstaubausstoßes und Investitionen, die eine unterbrechungsfreie und energieeffiziente Versorgung gewährleisten.

Für diese Ziele werden sich die Stadträte der Partei DIE LINKE in den Aufsichtsgremien der öffentlichen Unternehmen einsetzen.

Daher brauchen wir einen starken öffentlichen Sektor!

Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik umfasst verschiedene Bereiche. Einerseits ist die Stadt Dorsten selbst Arbeitgeber und hat durch ihr Verhalten unmittelbar Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Durch kommunale Investitionen werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

Zudem werden durch die Förderungsinstrumente zur Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung, durch Wirtschaftsförderung und Bündnisse für Arbeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt positiv beeinflusst.

Kommunale Wirtschaftsförderung muss die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen, diese sichern und verbessern. Besonderer Unterstützung bedarf die Kreativwirtschaft. Außerdem muss sie die Standortbedingungen für Unternehmen optimal ermöglichen und die Modernisierung lokaler und regionaler Standorte sichern. Es müssen verbindliche Vereinbarungen mit den Unternehmen getroffen werden, die arbeitsmarktpolitische, ausbildungspolitische und ökologische Ziele beinhalten, bis hin zu einer befristeten Beteiligung der öffentlichen Hand an privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Die öffentliche und demokratisch kontrollierte Daseinsvorsorge muss erhalten bleiben.

Die Partei DIE LINKE fordert daher die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dorsten:

- • Keine Auslagerungen von öffentlichen Dienstleistungen (Outsourcing)

- • Wohnen muss, da es nach UN-Menschenrechtskonvention Art. 25 Abs. I ein Menschenrecht

ist, für alle bezahlbar sein und bleiben

- • Die Dorstener Wohnungsgesellschaft mbH mit ihrem gemeinwirtschaftlichen Charakter ist zu erhalten und weitere profitorientierte Wohnungsgesellschaften sind zu verhindern. Gleichwertige Lebensbedingungen müssen geschaffen und Wohnungsbezirke erhalten bleiben.
- • DIE LINKE. Dorsten strebt die Weiterentwicklung der Wohnungsgesellschaft zu einer Kreiswohnungsgesellschaft an.
- • DIE LINKE stellt sich gegen jegliche Privatisierung von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, da diese nicht für den Profit, sondern für die Menschen da sein müssen. Privatisierte Einrichtungen können sich nur dann halten, wenn sie Profit machen, wobei dies in jedem Fall auf Kosten der Gesundheit der Menschen geschieht.

3

- • DIE LINKE fordert eine Rekommunalisierung der Versorgungswirtschaft.
- • Im Rahmen der kommunalen Arbeitsmarktpolitik sollten nur unbefristete, sozialversicherte

Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Der öffentliche Arbeitgeber sollte:
 

- Das Angebot an Ausbildungsplätzen nach der Kommunalwählerhöhung

- Bedarfsgerecht einstellen.
- Vertretungen einstellen, um Versäumnisse zu verhindern.

○ Die Wiederbesetzungssperre aufheben.

○ Einen Wissenstransfer zwischen alten und neuen Mitarbeitern sicherstellen.

- • Sinnvolle kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramme.
- • Eine Errichtung eines „öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)“. Die neuen Möglichkeiten des Sozialgesetzbuches 2 § 16a müssen ausgeschöpft und die Verpflichtungen nach dem Teilhabechancengesetz (THCG § 16i, e) durchgeführt werden.

## **Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung**

### **Ausbau der kommunalen Investitionen**

Die kommunalen Investitionen sind im Kreis Recklinghausen in den letzten Jahren aus Haushaltsgründen massiv zurückgefahren worden. Die Investitionsquote beträgt gerade die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Das hat dramatische Auswirkungen: Die Substanz der kommunalen Einrichtungen, z.B. Schulen, verfällt, neue Einrichtungen werden nur noch selten gebaut. Hier muss mit allen Mitteln auf Kreis- und kommunaler Ebene gegengearbeitet werden.

### **Für Arbeitnehmer und Kundeninteressen in Betrieben mit Stadtbeteiligung**

In Betrieben, an denen die Stadt beteiligt ist, wenden wir uns gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und setzen uns für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen ein. Stehen diese Betriebe auch der Öffentlichkeit zur Nutzung

zur Verfügung (z.B. Badbetriebe), so werden wir uns für die Einführung von Sozialtarifen einsetzen.

Betriebe, an denen die Stadt beteiligt ist, sind unter anderem:

- • Entsorgungsbetrieb Stadt Dorsten
- • Bäderbetrieb Dorsten GmbH
- • WINDOR
- • InfraDOR
- • Dorstener Netzgesellschaft (DNG)
- • WiN Emscher Lippe GmbH
- • Kreissparkasse
- • Vereinte Volksbank eG
- • Dorstener Wohnungsgesellschaft
- • Entwicklungsgesellschaft Wulfen GmbH
- • Dorstener Arbeit GmbH
- • Zweckverband Gemeinsame Kommunale Datenverarbeitungszentrale Recklinghausen (GKD)
- • Regionale 2016 Agentur GmbH

Unverzichtbar ist das Einbeziehen der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsprozesse der Wirtschaftsförderung.

4

Die Einzelhandelsstruktur der Innenstadt soll erhalten bleiben. Aufgrund hoher Mieten sind, gerade bei Neuplanungen, angestammte, kleine Ladenlokale nicht mehr in der Lage, ihr Geschäft weiter zu führen. Schon heute ist zu beklagen, dass die innerstädtischen Einzelhändler verringerten Zulauf haben.

Besonders verheerend ist die Situation in Barkenberg. Statt vorhandene Verkaufsflächen sinnvoll zu nutzen, wurden neue Gebäude errichtet. Wir möchten Barkenberg wieder attraktiv machen, indem wir den Bau neuer Wohnungen und die Errichtung von neuen Forschungs- und Bildungseinrichtungen unterstützen und fördern.

Aber auch Nebenzentren, wie vor allem Hervest, haben große Probleme. Trotz der gelungenen Gestaltung des Kreativquartier Fürst Leopold auf dem Gelände der ehemaligen Schachanlage Fürst Leopold sollte das Nebenzentrum weiterhin gefördert werden.

Wirtschaftsförderung darf nicht gegen die Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner und über sie hinweg geführt werden. Bei Standortentscheidungen – auch und gerade im Bereich der Bevölkerungsversorgung – müssen die Betroffenen mitreden und -entscheiden können. So sollen Bürgerinnen und Bürger auch bei dem Ausbau des Geländes „Große Heide“ zum Industrie- und Gewerbepark mitreden können, um beispielsweise potenziell aufkommende Verkehrsprobleme zu verhindern.

## **Arbeit, Beschäftigung und Ausbildung gegen Armut**

### **Menschenwürdiges Leben für alle statt Armut**

Laut Eurostat waren 2018 18.7 % aller gefährdet, in Armut oder soziale Exklusion wegzubrechen. Bezieht man diese Quote nun auf Dorsten, so waren von 76.383

Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 2018) knapp 14.283 von Armut gefährdet. Wir finden, dass diese Zahlen für eines der reichsten Länder der Welt beschämend sind.

Um der bereits existierenden und der drohenden Armut entgegenzuwirken, fordert DIE LINKE. Dorsten einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro und armutsfeste Renten.

Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen von schlechter Qualität oder sogar in einer für ihre Gesundheit gefährliche Umgebung. Niemand darf wegen ALG II aus seiner Mietwohnung vertrieben werden. Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. Alternative Wohnformen, wie Mehrgenerationshäuser und genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden.

DIE LINKE. Dorsten tritt ein für:

- • Neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z.B. ein kommunales Sozialticket für Bus und Bahn, Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
  - • Die Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche
  - • Ein kommunalfinanziertes, für die Schülerinnen und Schüler kostenfreies Schulesse, welches
    - Vonden örtlichen Gastronomien oder
    - Durch die rekommunalisierte Küche der Gesamtschule Wulfen oder
    - Durch die Dorstener Arbeit in einer Großküche gekocht wird
  - • Den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus
  - • Die Berücksichtigung des sozialen Wohnungsbaus in Bebauungsplänen, da mittlerweile 56 % der gesamten Bevölkerung Deutschlands einen Anspruch auf den Wohnberechtigungsschein A bzw. B haben
  - • Die regelmäßige Erstellung eines öffentlichen Armutsberichts durch die Stadt Dorsten
  - • Den Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen 5
- Die Schaffung von öffentlich finanzierten Ombudstellen, die dabei helfen, soziale Rechte durchzusetzen sowie die Förderung von Frauenhäusern.

## **Bildung gebührenfrei, eine Schule für alle**

Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht abhängig vom elterlichen Geldbeutel sein – alle sollen gefördert werden und keine/r zurückbleiben.

### **Wir fordern deshalb**

- • Den verstärkten Ausbau aller Schulen zu Ganztagschulen als Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche, welcher den Nachhilfemarkt überflüssig machen würde.
- • Eine bessere personelle (auch mit Sozialpädagogen und Psychologen) und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen.
- • Die Gebührenfreiheit in der vorschulischen Bildung und der Schule.
- • Das möglich machen von lebenslangem Lernen in der beruflichen Bildung, sowie im kulturellen

und politischen Bereich möglich machen.

- • Kostenlosen ÖPNV für alle Schüler\*innen / Azubis / Student\*innen.
- • Die Deckung des Bedarfs an offenen Ganztagschulen (OGS) in allen Stadtteilen.

- • Das öffentliche Nachhilfeangebot muss ausbauen werden.  
Ziel ist „eine Schule für alle“ bis mindestens zur 10. Klasse und mit individueller Förderung statt

Auslese.

## **Umwelt, Energie und Klimaschutz**

### **Dorsten, eine klimaneutrale, klimarobuste und CO<sub>2</sub>-neutrale Stadt – eine lebenswerte Umwelt bewahren und wiederherstellen.**

Denn Teil einer sozialen und solidarischen Gesellschaft sind Ökologie, Natur- und Umweltschutz.

#### **Wir fordern im Bereich der Energie:**

- • Die Errichtung von Stadtwerken, damit die Stadt Dorsten Einfluss auf die Art der Energieerzeugung erhält
- Im Besonderen die Weiterentwicklung der Dorstener Netzgesellschaft zur Sicherung der klimaschonenden Stromversorgung
- • Der beschleunigte Ausbau regenerativer Energieerzeugung und dezentraler Anlagen mit Kraft- Wärme-Kopplung, verpflichtend für Neubausiedlung
- • Die Schaffung von neuen Möglichkeiten zum Ausbau der Windenergie
- • Die verstärkte Förderung und Beratung über Investitionen für verbesserte Energieeffizienz
- • Die Nutzung des Bau- und Planungsrechts für Umweltmaßnahmen, z.B. eine Solarpflicht für private und gewerbliche Gebäude

#### **im Bereich des Klima- und Umweltschutzes:**

6

• Die Begrünung des Stadtgebietes zur Senkung der Temperaturen und die Förderung des Insektenschutzes, mithilfe von

- Der Begrünung von flachen Dächern
- Der Begrünung des Stadtgebietes mit Bäumen, die für die zukünftigen Temperaturen

und das sich ändernde Klima geeignet sind ○ Die Wiedereinführung einer Baumsatzung

- • Die verpflichtende Kastration von Katzen, um leidende, wilde Hauskatzen zu verhindern und die Tierheime zu entlasten
- • Die Förderung der ökologischen Bildung, auch für die Jüngsten Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt
- • Die verpflichtende Errichtung von Blühstreifen an landwirtschaftlich genutzten Flächen, sowie ○ Ein Verbot von Glyphosat im Stadtgebiet und
  - Die Errichtung von Insektenhotels
- • Ein allgemeines Verbot von Steingärten



- • Die Verbesserung der Luftreinhaltung, mithilfe Messstationen zur Ermittlung von Luftschad-

stoffen an viel befahrenen Straßen (Feinstaub und Stickoxide)

- • Die Verbesserung der Wasserreinhaltung aufgrund hoher Nitratwerte im Grundwasser, indem
  - Die flächendeckende Messung von Nitraten im Grundwasser erweitert wird, und
  - Darauf beruhend die Anpassung des Gülleeintrags
- • Die Entfesselung von Fließgewässern im Stadtgebiet zur Renaturierung und Förderung der

Flora und Fauna

### **im Bereich des Verkehrs:**

- • Ein Mobilitätskonzept zur Förderung alternativer Verkehrsmittel zum Auto
- • Den Ausbau von einheitlichen Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge
- • Die Erstellung eines Wasserstoffkonzepts für den Verkehr, unter anderem mit
  - Wasserstoffantrieb bei Bus und Bahn und
  - H<sub>2</sub>-Tankstellen für Bus, Bahn und den Individualverkehr
- • Die Planung von Ortsumgehungsstraßen (bspw. für Wulfen in Bezug auf „Große Heide“)
- • Die Überprüfung und den Ausbau des Schallschutzes an der Bundesautobahn 31
- • Die Planung und den Bau von Tierschutzzäunen und -übergängen an Straßen

Um den neu angesiedelten Unternehmen im Stadtgebiet finanziell zu helfen, die Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt und des Klimas praktisch umzusetzen, fordern wir eine Gewerbesteuerfreiheit in der Startphase von zwei Jahren.

## **Sauberkeit und Sicherheit**

Bürgerinnen und Bürger können sich nur in einer Stadt tatsächlich wohlfühlen, wenn sie nicht ver- dreckt ist und Sicherheit gewährleisten.

### **Wir fordern deshalb, dass**

- An zentralen Punkten, z.B. in der Altstadt, größere Abfallkörbe aufgestellt werden 7
  - • An zentralen Punkten, z.B. dem Busbahnhof oder dem Hauptbahnhof, durch verstärkte polizei- liche Kontrollen das Sicherheitsgefühl erhöht wird
  - • Ermöglicht werden kann dies durch mehr Personal für den kommunalen Ordnungsdienst (KOD)
  - • Eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Briefkästen und Postnebenstellen



- Ein intelligentes Beleuchtungskonzept zur Erhöhung der Sicherheit und zur Verhinderung von

Lichtverschmutzung

Neben den oben schon genannten Punkten setzen wir uns auch für eine Abschaffung der Hundesteuer in Dorsten ein. Im Gegenzug sollen Vergehen, wie die unterlassene Entfernung des Hundekots durch den Hundebesitzer oder die unsachgemäße Entsorgung von Hundekotbeuteln in der Umwelt stärker geahndet werden. Um solche Vergehen rechtlich verfolgen zu können, muss dementsprechend mehr durch den KOD kontrolliert werden.

## **Für die Würde des Menschen – auch im Alter**

Wir fordern jährliche Rechenschaftsberichte über die Umsetzung der Leitlinie zur Seniorenpolitik im Kreis Recklinghausen durch den Kreistag.

### **Die Intensivierung der Qualitätsprüfungen für Altenheime und ambulante Pflegedienste**

Die Heimaufsicht muss ihre gesetzlichen Möglichkeiten nutzen, um die Qualität der Pflege älterer Menschen zu verbessern. Dazu gehören unangekündigte Kontrollbesuche, aber auch die Unterstützung engagierter Heimträger zur Qualitätsverbesserung. Dazu muss die Heimaufsicht stärker als bisher mit den Bewohnern und ihren Angehörigen zusammenarbeiten.

## **Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche haben die gleichen Grundrechte wie Erwachsene auf gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe. Und trotzdem wird insbesondere die Kinder- und Jugendpolitik mit dem Hinweis auf leere Kassen stark vernachlässigt. In Zeiten der gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ganz besonderen förderungswürdig. Viele Familien suchen Hilfe und Unterstützung, um ihren Lebensalltag bewältigen zu können. Diese Hilfeleistung muss unabhängig von Nothaushalten gewährleistet sein. Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche steht für DIE LIN-KE an oberster Stelle.

Gerade Familien mit Kleinkindern bedürfen einer gezielten gesundheitlichen Betreuung. Die gesundheitlichen Folgen vor allem der um sich greifenden Kinderarmut, die alarmierende Zahl übergewichtiger Kinder oder der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen erfordert eine Ausweitung der Gesundheitsprävention für Kinder und Jugendliche. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss hier innovativ und koordinierend tätig werden, um möglichst viele Akteure für eine gute und gesunde Kindheit zu gewinnen.

Obwohl die offizielle Statistik einen Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit aufweist, gibt es in Deutschland immer noch eine hohe Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die entweder von ALG II betroffen sind, und/oder keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz haben.

Die Sportvereine in Dorsten leisten einen großen Beitrag für das Zusammenleben in unserer Stadt. Besonders ihre Jugendarbeit wirkt sich positiv in allen Bereichen der Gesellschaft aus.

**DIE LINKE. Dorsten tritt deshalb ein für:**

- • Eine Ausweitung der gesundheitspräventiven Angebote, vor allem für Kinder und Jugendliche
- • Familienhelfer, die Familien auch unbürokratisch auf Vertrauen basierende Unterstützung bieten
- • Anrechnungsfreies Kindergeld für alle
- • Den kostenfreien Besuch eines Kindergartens, sowie Essen in Kindergärten und Schulen
- • Die kostenlose Bereitstellung von sämtlichen Schulmaterialien, wie Tablets, Laptops und Bücher
- • Die generelle Genehmigung der Vestischen Arbeit bei Auszug von Jugendlichen über 18 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft
- • Die besondere Förderung von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien
- • Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche
- • Die Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen mit Sach- und Personalausstattung
- • Die Nutzung von Sportplätzen, Sporthallen und Schwimmbädern unabhängig von Vereinszugehörigkeit, sowie
  - Die Förderung des Schwimmunterrichts und
  - Die Errichtung eines Freibads
- • Eine umfassende Sanierung der Sportstätten
- • Das den Sportvereinen kostenfrei zur Verfügung stellen von Sportstätten
- • Die Schaffung von Freiraum für Sprayer
- • Kostenlose Ferienspielaktionen
- • Eine kostenlose Musik- und Kunstschule
- • Den kostenlosen Eintritt für Kinder- und Jugendliche bei kommunalen Veranstaltungen
- • Eine 10 % Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltung, einschließlich einer Übernahme-garantie
- • Die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der Agentur für Arbeit, des Handwerks, der Gewerkschaften, der VHS, des Sozialamts und des Jugendamts

**Frauen**

Frauen sind nach wie vor in unserer Gesellschaft besonders belastet. Wir sind jedoch weiterhin weit entfernt von einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einem Leben in Sicherheit und ohne Gewalt und gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit. Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammen zu streichen.

DIE LINKE. Dorsten will eine aktive Gleichstellungspolitik vor Ort. Dorstener Frauen müssen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen und ihre persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

#### **Deshalb tritt DIE LINKE ein für:**

- • Den Erhalt und Ausbau des Frauenhauses als Zufluchtsort für von Gewalt betroffenen Frauen
- • Die besondere Förderung von Frauenprojekten; dazu gehören die Entwicklung von Angeboten

für unterschiedliche Lebensformen

9

- • Grundsätzlich schnelle und unbürokratische Hilfe, darunter besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort, u.a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall, die ihre Lebenssituation verbessern, sowie eine Beratung über zustehende Leistungen
- • Die Ersetzung von Minijobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in kommunalen Betrieben, Kindergärten, Ganztagschulen und Pflegeheimen
- • Kinderärztinnen oder Kinderärzte in allen Stadtteilen
- • Eine frauenfreundliche Politik auf der ganzen Bundesebene: Armutsfeste Renten und Transferleistungen, konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, eine Arbeitsgestaltung und Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Erziehung und Beruf gewährleisten. Zuzahlungsfreie Arztbesuche und Medikamente.

## **Ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander**

### **Integration vor Ort gestalten**

Eine gelungene Integration kann nur vor Ort aufgebaut werden. Denn das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturkreise findet hauptsächlich in den Kommunen statt. Unsere Gesellschaft wird immer bunter und vielfältiger. Wohin sie sich entwickelt, hängt entscheidend davon ab, ob alle Betroffenen sich gemeinsam und solidarisch an den Prozessen beteiligt und sie mitgestalten. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen. Dieser Tatsache muss die Politik in Dorsten Rechnung tragen.

DIE LINKE sieht die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund als große Aufgabe, die mit aller Priorität wahrgenommen werden muss.

Denn die Zielsetzung von Integration ist es, allen hier lebenden Menschen einen gleichen Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und dem gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Integrationsfaktor Arbeit schwindet zusehends. Es bedarf neuer Maßnahmen für die Eingliederung.

Integration findet heute weniger am Arbeitsplatz statt als zuvor; sie muss größtenteils in den Schulen geleistet werden und durch Stärkung des Zusammenlebens der Kulturen in den Stadtteilen. Kulturellen und künstlerischen Projekten stärken Identität und Selbstvertrauen. Interkultureller und interreligiöser Dialog fördert den Abbau von Vorurteilen und Ängsten. Dazu gehört auch eine humane und faire Asylpolitik.

Die meisten Asylbewerber kommen nach Deutschland, weil sie von Verfolgung, von Folter und Tod, Elend oder Armut bedroht sind. Sie haben ein Menschenrecht darauf, mit Anstand und Würde behandelt zu werden. Es muss Wohnraum für Migranten bereitgestellt werden. Hier fordern wir Geld- statt Sachleistungen.

#### **DIE LINKE. Dorsten fordert:**

- • Chancengleichheit bei Bildung, Erziehung, Ausbildung und Arbeit: Ein Integrationsbeirat (Ausländerbeirat), der mit anderen Ratsausschüssen gleichgestellt wird. Seine Einbindung in alle entscheidenden Fragen wird durch Politik und Verwaltung gewährleistet.
- • Aktive Städtepartnerschaften bzw. Städtefreundschaften mit solchen Kommunen und Regionen, aus denen hier lebende Menschen ursprünglich stammen. Projektbezogene Partnerschaften werden zudem gezielt initiiert
- • Öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze – das gilt besonders in der Jugendarbeit

10

- • Individuelle, verpflichtende Sprachförderung mit aller dafür notwendigen Unterstützung: zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen – darunter fällt insbesondere die Förderung der Herkunftssprache, um die Integration, aber auch Bildungs- und Berufschancen zu verbessern
- • Konzepte für ein Zusammenleben in guter Nachbarschaft: Ein kommunales wohnraum-politisches Konzept, in dem die Stadt Dorsten die räumliche Abschottung gezielt verhindert. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozialkulturell bedingten Segregationen entstehen
- • Asylpolitik darf nicht länger von Abschiebung und Entrechtung geprägt sein, sondern muss auf Integration setzen
- • Die Unterstützung von Integration wie „Dorsten gegen Rechts“ und „Schulen gegen Rassismus“
- • Die Errichtung eines „sicheren Hafens“ in Dorsten zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen aus Seenot

## **Für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen**

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt: Die Bundesrepublik Deutschland hat 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, auch laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde bereits vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist die Behindertenrechtskonvention der UN und das grundgesetzlich verbrieftete Recht immer noch nicht vollständig umgesetzt. Für DIE LINKE. Dorsten ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle anderen Politikfelder einfließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

#### **DIE LINKE. Dorsten tritt ein für:**

- • Wirksame und geeignete Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern

- • Den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Länge, statt dem Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren
- • Inklusive Kindergärten, damit behinderte und nicht behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vor- behalte mit- und voneinander lernen können
- • Die Inklusion von behinderten Kindern in den Schulen. Das aktuelle Schulgesetz ermöglicht dies jedoch nicht. Daher wollen wir die Landesregierung zu einer dafür notwendigen Gesetzes- änderung auffordern
- • Eine Verbesserung und den Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Aus- bau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten
- • Den schrittweise ablaufenden barrierefreien Umbau von altem Baubestand
- • Die Beseitigung von Zwangshindernissen in öffentlichen Gebäuden und auf Straßen
- • Die Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste
- • Die gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung
- • Eine Qualifizierungspflicht der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine best-

mögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten

- • Nachvollziehbare und gänzlich verständliche Verwaltungsvorgänge

11

- • Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins Be- rufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche
- • Die Fokussierung von Behindertenwerkstätten auf die Vorbereitung von behinderten Men- schen auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse, anstatt die Bindung derjenigen als billige Ar- beitskräfte an die Werkstätten
- • Die Aufstellung eines Inklusionsplans nach UN-Konvention
- • Aufträge an/Verträge mit Inklusionsbetriebe seitens der Stadt

## **Zugang zu Kultur für alle**

Für DIE LINKE sind Kultur und Sport Grundlagen persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige „Freie Szene“ erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde.

Kultur ist eine Lebensgrundlage dieser Gesellschaft und bedarf des Schutzes und der Förderung.

Gerade in der Kultur wird verstärkt der Rotstift angesetzt. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kos- ten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab. Denn Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in einer Kommune entscheidenden Anteil und ist somit unverzicht- bar.

Wir beobachten in Dorsten, dass insbesondere Menschen, die von Sozialhilfe oder ALG II leben, ältere Menschen mit geringen Renten und Familien mit geringen Einkommen sich keine kulturelle Teilhabe leisten können.

**DIE LINKE. Dorsten tritt ein für:**

- • Die Neuausrichtung der kommunalen Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“
- • Die Förderung der kulturellen Vielfalt, statt „Leuchtturmprojekte“
- • Die Wiedereinführung des Musik-, Kunst- und Sportunterrichts entsprechend den Stundentafeln, wo er in den Schulen ausfällt oder gekürzt wurde
- • Die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschulen
- • Sozialtarife an Musik- und Volkshochschulen für sozial schwache Menschen und kostenlose

Angebote für deren Kinder

- • Das Erlernen eines Instruments muss so bald wie möglich fester Bestandteil des Vor- und Grundschulunterrichts werden. Die Finanzierung muss verlässlich vom Land übernommen werden
- • Die verstärkte und weitgehende Unterstützung des jüdischen Museums zur Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur

## **Antifaschismus: Gemeinsam gegen Rechts**

DIE LINKE. Dorsten setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vorm gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu etablie-

12

ren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen.

DIE LINKE. Dorsten unterstützt den antifaschistischen Widerstand.

### **Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung**

Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da es immer weniger Zeitzeugen gibt, sind Orte der Erinnerung und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

#### **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- • Die Verlegung von weiteren „Stolpersteinen“ zur Erinnerung an die Opfer des Faschismus
- • Die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen
- • Die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft der ehemaligen Bürgermeister, die Mitglied in NSDAP-Organisationen waren
- • Die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen, Jugendorganisationen, Volkshochschulen, dem Jugendgremium Dorsten und anderen; dazu sind möglich Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen
- • Die Ausstellung zur Erinnerungskultur im Jüdischen Museum Westfalen, dem Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden
- • Die Förderung von Multimedia-Projekten, wie (Kurz-)Filme, Internetseiten, Social-Media, mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur

- Die Errichtung einer Geschichtsstation im Bereich des Hardtsees, um an die rechtsterroristische Vergangenheit von Karl Tillessen, insbesondere bei der „Bekämpfung der Weimarer Republik“, der Beteiligung an der rechtsterroristischen Geheimorganisation „Organisation Consul“ (O.C.), sowie der indirekten Beteiligung an dem Mord von Reichsaußenminister Walter Rathenau bei der ehemaligen Namensgebung zu erinnern